Gesetz- und Verordnungsblatt

für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg

XXIV. Band 6. Stück

TEIL I

Ausgegeben den 14. Januar 1999

	Inhalt:	Seite	
I. Gesetze und Verordnungen			
a) Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg			
Nr. 90	Kirchengesetz über die Änderung des Kirchengesetzes zur Änderung und Anwendung des Kirchengesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Mitarbeitervertretungen in kirchlichen Dienststellen und Einrichtungen (Gemeinsames Mitarbeitervertretungsgesetz)	89	
Nr. 91	Haushaltsgesetz der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg für das Haushaltsjahr 1999	90	
b) Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen			
Nr. 92	Bekanntmachung der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Gesamtpfarrvertretung (KonfPFVVO)	91	
Nr. 93	Bekanntmachung der Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Gemeinsamen Kirchensteuerordnung	91	
II. Beschlüsse der Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg			
III. Verfügungen			
Nr. 94	Bekanntmachung und Außergeltungsetzung von Siegeln	92	
IV. Mitteilungen			
Nr. 95	Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 37. Änderung der Dienstvertragsordnung	92	
Nr. 96	Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 38. Änderung der Dienstvertragsordnung	92	
Nr. 97	Bekanntmachung der Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission	93	
Nr. 98	Bekanntmachung der Vereinbarung gem. § 6 Abs. 2 Satz 3 Arbeitsrechtsregelungsgesetz Diakonie (ARRGD)	93	
Nr. 99	Bekanntmachung der Beschlüsse des Rates und des Präsidiums der Synode der Konföderation über die Anpassung der Pfarrbesoldung und -versorgung	94	
Nr. 100	Bekanntmachung der Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker und nebenberufliche Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg	94	
Nr. 101	Bekanntmachung der Satzung der Evangelischen Erwachsenenbildung Niedersachsen	95	
Nr. 102	Einberufung zur 6. Tagung der 45. Synode	97	
Nr. 103	Veränderung der 45. Synode und Wahlen	97	
Nr. 104	Hinweis auf Rundschreiben des Oberkirchenrates	97	
V. Personalnachrichten			98

I. Gesetze und Verordnungen

a) Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg

Nr. 90

Kirchengesetz über die Änderung des Kirchengesetzes zur Änderung und Anwendung des Kirchengesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über Mitarbeitervertretungen in kirchlichen Dienststellen und Einrichtungen (Gemeinsames Mitarbeitervertretungsgesetz – MVG –) vom 29. November 1974 (GVBl. XVIII. Band, S. 118)

Die 45. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

Art. 1

Das Kirchengesetz zur Änderung und Anwendung des Kirchengesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über Mitarbeitervertretungen in kirchlichen Dienststellen und Einrichtungen (Gemeinsames Mitarbeitervertretungsgesetz – MVG –) vom 29. November 1974 (GVBl. XVIII. Band, S. 118) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Worte „in kirchlichen Dienststellen und Einrichtungen“ gestrichen.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Folgender Absatz wird neu eingefügt:

„(1) Die in diesem Kirchengesetz verwendeten Personenbezeichnungen umfassen Frauen und Männer.“

b) Der bisherige Satz 1 wird Absatz 2.

c) In dem neuen Absatz 2 wird die Angabe „Pastorinnen, Hilfsprediger“ durch die Wörter „Pfarrer auf Probe“ ersetzt.

3. In § 2 wird die Zahl „13“ ersetzt durch die Zahl „5“.

4. § 3 wird aufgehoben.

5. In § 4 wird folgender Satz angefügt:

„Die Wahlperiode vom 1. Juli 1995 verlängert sich bis 30. April 2000.“

6. § 5 wird aufgehoben.

Art. 2

Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Januar 1999 in Kraft.

Oldenburg, den 25. November 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Krug
Bischof

Nr. 91**Haushaltsgesetz**

der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg für das Haushaltsjahr 1999.

Die 45. Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg beschließt gem. Art. 90 Abs. 1 Nr. 11 KO das nachfolgende Haushaltsgesetz:

§ 1**Feststellung des Haushaltsplanes (§ 22 KonfHO)**

Der Haushaltsplan der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg wird für das Haushaltsjahr 1999 in Einnahme und Ausgabe auf **124.936.320,- DM** festgestellt.

§ 2**Haushaltsaufkommen**

- (1) Mindereinnahmen aus dem Aufkommen an Landeskirchensteuern sind zunächst mit Mehreinnahmen im Haushaltsplan, Mehreinnahmen aus dem Aufkommen an Landeskirchensteuern mit Mindereinnahmen im Haushaltsplan auszugleichen.
- (2) Über die Verwendung der nach Absatz 1 nicht benötigten Mehreinnahmen und Haushaltsersparnisse, die nicht gemäß § 13 KonfHO in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden, entscheidet der Synodalausschuß nach vorheriger Beratung im Finanzausschuß.
- (3) Zum Ausgleich eines beim Haushaltsabschluß entstehenden Fehlbetrages können mit Genehmigung des Synodalausschusses nach vorheriger Beratung im Finanzausschuß bis zu 1 Mio. DM aus der Ausgleichsrücklage entnommen werden.

§ 3**Über- und außerplanmäßige Ausgaben**

- (1) (gestrichen)
- (2) Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die nicht durch Haushaltsverstärkungsmittel abgedeckt werden können, bedürfen, sofern sie nicht durch Haushaltseinsparungen oder Haushaltsmehreinnahmen gedeckt werden können, der Zustimmung des Finanzausschusses.
- (3) Über- und außerplanmäßige Ausgaben dürfen nur veranlaßt werden, wenn über die Deckung entschieden ist.

§ 4**Kassenkredite (§ 15 KonfHO)**

Der Oberkirchenrat wird ermächtigt, im Bedarfsfall Kredite zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft (Kassenkredite) gem. § 15 Abs. 1 Ziff. 2 der KonfHO bis zur Höhe von 500.000,- DM aufzunehmen.

Soweit die Kassenkredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden.

§ 5**Rücklagen (§§ 69–75 KonfHO)**

- (1) Vorhandene Rücklagen und Rückstellungen sind Rücklagen gem. § 69 KonfHO.
- (2) Über die in Abschnitt VI der Ausführungsverordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen enthaltenen Bestimmungen über die Bildung von Rücklagen hinaus wird folgendes festgelegt:
 1. **Kirchensteuer-Sonderrücklage:**
Diese Rücklage ist entsprechend einer Empfehlung der Evangelischen Kirche in Deutschland gebildet worden. Sie dient ausschließlich dem Kirchensteuerausgleich (Clearing).
 2. **Landeskirchenfonds:**
Der Landeskirchenfonds dient insbesondere der Bereitstellung von Darlehen an die Kirchengemeinden. Die Bewirtschaftung obliegt dem Oberkirchenrat.
 3. **Bürgschaftssicherungsrücklage:**
Ihr Mindestbestand soll 10 v. H., ihr Höchstbestand 30 v. H. der in § 8 genannten Höchstgrenze der Gesamtverpflichtung betragen.
 4. Entsprechend der Konföderations-Haushaltsordnung werden nachfolgende Pflichtrücklagen geführt:
 - 4.1 Personalkostenrücklage (§ 74 KonfHO)

4.2 Ausgleichsrücklage (§ 71 KonfHO)

4.3 Betriebsmittlrücklage (§ 70 KonfHO)

4.4 Bauinstandsetzungsrücklage (§ 75 KonfHO)

5. Über die vorgenannten Rücklagen und Fonds hinaus werden noch die in der Anlage 10 zum Haushaltsplan genannten Rücklagen geführt.
- (3) Den Rücklagen sind mindestens die mit einem entsprechenden Haushaltsvermerk versehenen Geldmittel zuzuführen. Daneben können auch nicht benötigte Mehreinnahmen sowie die Haushaltsersparnisse herangezogen werden.

§ 6**Verpflichtungsermächtigungen (§ 10 KonfHO)**

Der Oberkirchenrat wird ermächtigt, mit Zustimmung des Kirchensteuerbeirates Verpflichtungen zu Lasten der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg bis zur Höhe von insgesamt 3.000.000,- DM einzugehen.

Haushalts-jahr	Haushalts-stelle	Zweck-bestimmung	Betrag DM
2000	9220–7610 2340	Bauzuschüsse	500.000,- DM
		Beratungsstellen	950.000,- DM
2001	9220–7610 2340	Bauzuschüsse	500.000,- DM
		Beratungsstellen	900.000,- DM
2002	9220–7610	Bauzuschüsse	500.000,- DM
Gesamt:			3.350.000,- DM

§ 7**Haushaltsvermerke (§§ 11–14 KonfHO)**

- (1) Gegenseitige und einseitige Deckungsfähigkeit von Haushaltsstellen sind im Haushaltsplan in Spalte 2 mit einem „D“ gekennzeichnet. Auf die Deckungsvermerke in der Spalte „Erläuterungen“ des Haushaltsplanes wird hingewiesen.
- (2) Zweckgebundene Haushaltsstellen sind im Haushaltsplan in Spalte 2 mit einem „Z“ gekennzeichnet. Wenn die Zweckbindung sich aus der Haushaltsstelle nicht ergibt, ist in der Spalte „Erläuterungen“ ein entsprechender Hinweis aufgenommen.
- (3) Haushaltsstellen, deren Restmittel für übertragbar erklärt werden, sind in Spalte 2 mit einem „Ü“ gekennzeichnet.
- (4) Wenn in besonderen Ausnahmefällen vor einer Auszahlung von Haushaltsmitteln weitere Prüfungen oder die vorherige Zustimmung durch den Finanzausschuß und/oder andere erforderlich sind, sind diese Haushaltsstellen in Spalte 2 mit einem „S“ gekennzeichnet.
- (5) In Haushaltsabschnitten, die als sog. „Selbstabschließer“ bezeichnet werden, sind die betreffenden Haushaltsstellen im Haushaltsplan in Spalte 2 mit einem „A“ gekennzeichnet.

§ 7 a**Budgetierung**

- (1) Im Rahmen der Erprobung neuer Steuerungsmodelle sind die Ansätze des Abschnittes 76 (Oberkirchenrat) gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Ausgenommen hiervon sind die Personalkostenansätze (HG 4).
- (2) Der Haushalt des Bildungswerkes (Anlage 21) wird nach den Bestimmungen der KonfHO bewirtschaftet. Die Haushaltsansätze sind einschließlich der Personalkosten gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Mehreinnahmen können innerhalb des Bildungswerkes für Mehrausgaben verwendet werden.

§ 8**Bürgschaften**

Der Oberkirchenrat wird ermächtigt, mit Zustimmung des Synodalausschusses Bürgschaften zu Lasten der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg bis zu einer Höhe von insgesamt **6.000.000,- DM** zu übernehmen.

Vorstehendes Haushaltsgesetz wurde von der Synode anläßlich ihrer Tagung am 25. November 1998 beschlossen.

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Krug
Bischof

b) Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

Nr. 92

Bekanntmachung der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Gesamtpfarrvertretung (KonfPfvVO) vom 18. Mai 1998

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Gesamtpfarrvertretung – KonfPfvVO) vom 18. Mai 1998 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 6/1998, S. 70) bekannt.
Oldenburg, den 5. Oktober 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schraeder
Oberkirchenrat

Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Gesamtpfarrvertretung (KonfPfvVO) vom 18. Mai 1998

Auf Grund des § 59 Abs. 2 des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes in der Fassung vom 8. Januar 1998 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 16), geändert durch das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes vom 25. März 1998 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 48), erlassen wir die folgende Ausführungsverordnung:

§ 1

- (1) In dieser Verordnung verwendete Personenbezeichnungen gelten für Frauen und Männer.
- (2) Die Gesamtpfarrvertretung besteht aus neun Mitgliedern. Die Mitglieder werden von den jeweiligen Vertretungen der Pfarrerschaft in den Kirchen in der Regel aus ihrer Mitte für eine Amtszeit von sechs Jahren entsandt und zwar
1. drei Mitglieder aus der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers,
 2. je zwei Mitglieder aus der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig und der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg sowie
 3. je ein Mitglied aus der Ev.-ref. Kirche (Synode ev.-ref. Kirchen in Bayern und Nordwestdeutschland) und der Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe.
- (3) Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu entsenden.
- (4) Die Gesamtpfarrvertretung kann zu einzelnen Punkten der Tagesordnung sachkundige Personen einladen.

§ 2

- (1) Die regelmäßige sechsjährige Amtszeit beginnt jeweils am 1. September; die erste Amtszeit beginnt am 1. Januar 1999 und endet am 31. August 2004.
- (2) Nach Ablauf der Amtszeit führt die bisherige Gesamtpfarrvertretung die Geschäfte bis zur Übernahme durch die neugebildete Gesamtpfarrvertretung fort, längstens jedoch bis zur Dauer von drei Monaten.

§ 3

Die Gesamtpfarrvertretung bestimmt bei ihrem ersten Zusammentreffen durch Wahl ihren Vorsitzenden und dessen Stellvertreter; sie kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 4

Die Gesamtpfarrvertretung wirkt nach Maßgabe des § 59 des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes mit bei der Vorbereitung von konföderierten Regelungen, die die Dienstverhältnisse der Pfarrer, der Pfarrer auf Probe, der Kandidaten des Pfarramtes, der Pfarrvikare, der Pfarrverwalter und der Vikare betreffen; die Zuständigkeit anderer Stellen bleibt unberührt. Schriftliche, rechtzeitig

eingegangene Stellungnahmen der Gesamtpfarrvertretung zu Rechtsetzungsvorhaben der Konföderation sind dem zuständigen Rechtsetzungsorgan mitzuteilen.

§ 5

Die durch die Tätigkeit der Gesamtpfarrvertretung entstehenden erforderlichen Kosten trägt die Konföderation. Kosten, die durch die Beiziehung sachkundiger Personen nach § 1 Abs. 4 entstehen, werden von der Konföderation übernommen, wenn sich die Gesamtpfarrvertretung und die Geschäftsstelle der Konföderation zuvor über die Kostenübernahme verständigt haben.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wolfenbüttel, den 18. Mai 1998

Der Rat der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

Krause
Vorsitzender

Nr. 93

Bekanntmachung der Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Gemeinsamen Kirchensteuerordnung vom 30. September 1998

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Gemeinsamen Kirchensteuerordnung vom 30. September 1998, (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 11/1998, S. 165) bekannt.

Oldenburg, den 2. Dezember 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schraeder
Oberkirchenrat

Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Gemeinsamen Kirchensteuerordnung vom 30. September 1998

Auf Grund des § 20 Abs. 1 des Vertrages über die Bildung einer Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen wird im Benehmen mit dem Präsidium der Synode die folgende Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen:

§ 1

Das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Erhebung von Kirchensteuern in den evangelischen Landeskirchen (Gemeinsame Kirchensteuerordnung – Ki-StOev –) vom 14. Juli 1972 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 107) wird wie folgt geändert:

1. § 12 Abs. 2 wird gestrichen; der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.
2. § 18 Abs. 3 Nr. 6 wird gestrichen.

§ 2

(1) Diese Verordnung mit Gesetzeskraft tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Die Vorschriften des § 1 sind erstmals für das Steuerjahr 1999 anzuwenden.

(2) Der Kirchensteuerbeschuß des Ev.-luth. Gesamtverbandes Bremerhaven für 1998 ist bis einschließlich Erhebungszeitraum 1998 weiter anzuwenden. Für den Kirchensteuerabzug vom Arbeitslohn gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß der Kirchensteuerbeschuß bei laufendem Arbeitslohn letztmals auf den Arbeitslohn anzuwenden ist, der für den Zeitraum gezahlt wird, der vor dem 1. Januar 1999 endet,

bei sonstigen Bezügen auf den Arbeitslohn, der dem Arbeitnehmer vor dem 1. Januar 1999 zufließt.

Wolfenbüttel, den 30. September 1998

**Der Rat der Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**
Krause
Vorsitzender

II. Beschlüsse der Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg

III. Verfügungen

Nr. 94

Bekanntmachung und Außergeltungsetzung von Siegeln

Der Oberkirchenrat hat gem. § 26 der Verwaltungsanordnung betr. Siegelordnung für die Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg (GVBl. XVI. Band, S. 104) folgendes Dienstsiegel genehmigt:

Körperschaft	Genehmigung vom	Siegelumschrift	Zeichen
Großenkneten	11.03.1998	EV.-LUTH. KIRCHENGE- MEINDE GROS- SENKNETEN	Kirche zu Großenkneten

Das bisherige Siegel mit der Umschrift „KIRCHE zu GROSSENKNETEN i. O.“ wird außer Geltung gesetzt.

Nikolai Eversten	24.03.1998	EV.-LUTH. KIRCHENGE- MEINDE NIKOLAI EVERSTEN	Der Heilige Nikolaus
---------------------	------------	---	-------------------------

Das bisherige Siegel mit der Umschrift „EV.-LUTH. KIRCHENGEMEINDE EVERSTEN-SÜD“ wird außer Geltung gesetzt.

Oldenburg, den 10. Juni 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

IV. Mitteilungen

Nr. 95

Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 37. Änderung der Dienstvertragsordnung

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat den Beschluß der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 37. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 30. März 1998 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 6/1998, Seite 70) bekannt.

Oldenburg, den 5. Oktober 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 37. Änderung der Dienstvertragsordnung

Hannover, den 11. Mai 1998

Nachstehend geben wir den Beschluß der Arbeits und Dienstrechtlichen Kommission vom 30. März 1998 über die 37. Änderung der Dienstvertragsordnung bekannt.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen
– Geschäftsstelle –
Behrens

37. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 30. März 1998

Auf Grund des § 20 Abs. 2 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes vom 14 März 1978 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 33), zuletzt geändert durch das Kirchengesetz vom 10. November 1993 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 170), hat die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission die Dienstvertragsordnung vom 16. Mai 1983 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 65), zuletzt geändert durch die 36. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 22. Januar 1998 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 34), wie folgt geändert:

§ 1

Änderung der Dienstvertragsordnung

1. § 1 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Die Wohnungsausgleichsregelungen in § 9 Abs. 3 in Verbindung mit § 35 Abs 3 des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen sind bei Vorliegen der dort genannten Voraussetzungen entsprechend anzuwenden.“

b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

2. In Anlage 1 Sparte B Abschnitt II Nr. 10 werden nach der Zahl „7.“ die Worte „in der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig und“ eingefügt.

§ 2

Übergangsregelung zu § 1 Nummer 2

Hängt die Eingruppierung nach dieser Änderung der Dienstvertragsordnung von der Zeit einer Bewährung oder Tätigkeit in einer bestimmten Vergütungsgruppe oder einem bestimmten Vergütungsmerkmal ab, so wird die vor dem Inkrafttreten der Änderung verbrachte Zeit so berücksichtigt, wie sie zu berücksichtigen wäre, wenn die Änderung bereits seit dem Beginn des Dienstverhältnisses gegolten hätte.

§ 3

Inkrafttreten

Es treten in Kraft:

- § 1 Nummer 1 mit Wirkung vom 1. April 1996,
- § 1 Nummer 2 am 1. April 1998.

Hannover, den 31. März 1998

Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission

Dr. von Tiling
Vorsitzender

Nr. 96

Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 38. Änderung der Dienstvertragsordnung

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat den Beschluß der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 38. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 18. Mai 1998 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 7/1998, Seite 91) bekannt.

Oldenburg, den 5. Oktober 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 38. Änderung der Dienstvertragsordnung

Hannover, den 2. Juli 1998

Nachstehend geben wir den Beschluß der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom 18. Mai 1998 über die 38. Änderung der Dienstvertragsordnung bekannt.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

– Geschäftsstelle –
Behrens

38. Änderung der Dienstvertragsordnung vom Mai 1998

Auf Grund des § 20 Abs. 2 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes vom 14. März 1978 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 33), zuletzt geändert durch das Kirchengesetz vom 10. November 1993 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 170), hat die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission die Dienstvertragsordnung vom 16. Mai 1983 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 65) zuletzt geändert durch die 37. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 30. März 1998 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 70), wie folgt geändert:

§ 1

Änderung der Dienstvertragsordnung

Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

„§ 2a

Vergütungstarifverträge, Lohnstarifverträge

Der Vergütungstarifvertrag Nr. 32 zum Bundes-Angestelltentarifvertrag für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Monatslohnstarifvertrag Nr. 2 zum Manteltarifvertrag für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder vom 5. Mai 1998 (Erhöhung der Vergütungen und Löhne um 1,5 v. H.) werden am 1. Juli 1998 wirksam.

Die Mitarbeiter, die am 30. Juni 1998 in einem Dienstverhältnis stehen, das am 1. Juli 1998 fortbesteht, erhalten als Ausgleich für nicht gezahlte Vergütungen bzw. nicht gezahlten Lohn einen zusätzlichen Erholungsurlaubstag im Jahre 1998.“

§ 2

Inkrafttreten

Diese Änderung der Dienstvertragsordnung tritt am 1. Juli 1998 in Kraft.

Hannover, den 3. Juni 1998

Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission

Dr. v. Tiling
Vorsitzender

Nr. 97

Bekanntmachung der Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 7/1998, S. 90) bekannt.

Oldenburg, den 5. Oktober 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission

Hannover, den 11. Juni 1998

Die Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (Mitteilung vom 12. Dezember 1997 – Kirchl. Amtsbl. 1998 S. 4) hat sich wie folgt geändert:

Vertreter der Dienstherrn und Anstellungsträger

Aus der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers hat der Rat der Konföderation anstelle des Mitglieds Kirchenverwaltungsoberrat Jungbluth Kirchenverwaltungsrat Peter Michaelis als Mitglied entsandt.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

– Geschäftsstelle –
Behrens

Nr 98

Bekanntmachung der Vereinbarung gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 Arbeitsrechtsregelungsgesetz Diakonie (ARRGD) vom 19. Juni 1998

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Vereinbarung gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 Arbeitsrechtsregelungsgesetz Diakonie (ARRGD) vom 19. Juni 1998 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 7/1998, S. 90) bekannt.

Oldenburg, den 5. Oktober 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Bekanntmachung der Vereinbarung gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 Arbeitsrechtsregelungsgesetz Diakonie (ARRGD)

Hannover, den 19. Juni 1998

Nachstehend geben wir die Vereinbarung gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 ARRGD zwischen den Diakonischen Werken der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig, der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, der Ev.-luth. Landeskirche in Oldenburg, der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und der Arbeitsgemeinschaften der Mitarbeitervertretungen beim Diakonischen Werk Braunschweig, beim Diakonischen Werk Hannover und beim Diakonischen Werk Oldenburg bekannt.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

– Geschäftsstelle –
Behrens

Vereinbarung

Zwischen

1. dem Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e. V.,
2. dem Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers e. V.,
3. dem Diakonischen Werk der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg e. V., jeweils vertreten durch den Vorstand,
4. der Konföderation ev. Kirchen in Niedersachsen, vertreten durch den Rat,

und

5. der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen beim Diakonischen Werk Braunschweig,
6. der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen beim Diakonischen Werk Hannover,
7. der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen beim Diakonischen Werk Oldenburg, jeweils vertreten durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende,

wird gemäß § 6 Abs. 2, Satz 3 ARRGD folgendes vereinbart:

§ 1

(1) Jedes Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission, das in einer diakonischen Einrichtung beschäftigt ist, wird zu 25% der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit einer oder eines Vollbeschäftigten freigestellt (Grundfreistellung). Die Kosten dieser Freistellung trägt die Konföderation. Nimmt ein Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission die Grundfreistellung nicht in Anspruch, weil seine Mitarbeit in anderer Weise sichergestellt ist, kann durch Beschluß der Arbeitnehmerseite diese auf ein anderes Mitglied übertragen werden.

(2) Neben der Grundfreistellung gemäß Abs. 1 können Mitglieder der Arbeitnehmerseite weitere Freistellung in Anspruch nehmen. Der Arbeitnehmerseite wird hierfür ein Gesamtkontingent im Umfang der regelmäßigen wöchentlichen durchschnittlichen Arbeitszeit einer oder eines Vollbeschäftigten zur Verfügung gestellt. Über die Verteilung beschließt die Arbeitnehmerseite. Außerdem wird der Arbeitnehmerseite jährlich ein Betrag i. H. v. bis zu DM 25000,- zweckgebunden für Inanspruchnahme juristischer Fachberatung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt. Nicht in Anspruch genommene Mittel können auf das Folgejahr übertragen werden. Die sich durch die Regelungen der Sätze 1, 2 und 4 ergebenden Mehrkosten tragen die Diakonischen Werke zu 1. bis 3. jeweils im Umfang des sich aus der Sitzverteilung gem. § 7 ARRGD ergebenden Verhältnisses.

§ 2

Diese Vereinbarung kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende der Amtszeit der Arbeitsrechtlichen Kommission gekündigt werden. Die Kündigung kann nur gemeinschaftlich von den Beteiligten zu 1.–3. einerseits und den Beteiligten zu 5.–7. andererseits erklärt werden. Kündigt die Konföderation, entfallen im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung alle sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Rechte und Pflichten zwischen den übrigen Beteiligten. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

(L.S.) gez. *Berner* gez. *M. Moldenhauer*
 Diakonisches Werk der Ev.-luth. Landeskirche
 in Braunschweig e. V.,

(L.S.) gez. *Brandes* gez. *Erhardt*
 Diakonisches Werk der Ev.-luth. Landeskirche
 Hannovers e. V.,

(L.S.) gez. *G. Janßen* gez. *Dr. Hans-Ulrich Minke*
 Diakonisches Werk der Ev.-Luth. Kirche in
 Oldenburg e. V.,

(L.S.) gez. *Christian Krause* gez. *Jörg-Holger Behrens*
 Konföderation ev. Kirchen in Niedersachsen,

gez. *L. Germer*
 Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen
 beim Diakonischen Werk Braunschweig,

gez. *Manfred Freyermuth*
 Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen
 beim Diakonischen Werk Hannover,

gez. *Th. Schwalm*
 Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen
 beim Diakonischen Werk Oldenburg.

Nr. 99

Bekanntmachung der Beschlüsse des Rates und des Präsidiums der Synode der Konföderation über die Anpassung der Pfarrbesoldung und -versorgung

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Beschlüsse des Rates und des Präsidiums der Synode der Konföderation über die Anpassung der Pfarrbesoldung und -versorgung vom 12. Mai bzw. 25. Juni 1998 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 7/1998, S. 91) bekannt.

Oldenburg, den 5. Oktober 1998

Der Oberkirchenrat der
 Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
 Schrader
 Oberkirchenrat

Bekanntmachung der Beschlüsse des Rates und des Präsidiums der Synode der Konföderation über die Anpassung der Pfarrbesoldung und -versorgung 1998

Hannover, den 1. Juli 1998

Auf Grund des § 2a des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes (PfbVG) in der Fassung vom 8. Januar 1998 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 16), geändert durch das Kirchengesetz vom 25. März 1998 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 48), haben Rat und Präsidium der Synode der Konföderation in ihren Sitzungen am 12. Mai bzw. 25. Juni 1998 Einvernehmen darüber hergestellt, daß – abweichend von der zu erwartenden prozentualen Anpassung der beamtenrechtlichen Bezüge im Lande Niedersachsen nach dem Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1998 (1,5 v. H. ab 1. Januar 1998) – die Bezüge nach dem PfbVG entsprechend dem Beschluß der Synode der Konföderation vom 14. März 1998 mit Wirkung vom 1. Januar 1998 um 0,5 v. H. erhöht werden.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

– Geschäftsstelle –
 Behrens

Nr. 100

Bekanntmachung der Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker und nebenberufliche Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker und nebenberufliche Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 8/1998, S. 111) bekannt.

Oldenburg, den 5. Oktober 1998

Der Oberkirchenrat der
 Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
 Schrader
 Oberkirchenrat

Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker und nebenberufliche Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg

Hannover, den 7. Juli 1998

Nach § 45 der Dienstvertragsordnung vom 16. Mai 1983 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 65), zuletzt geändert durch die 38. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 18. Mai 1998 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 91), ist Grundlage für die Berechnung der Vergütungen der nebenberuflichen Kirchenmusiker die Vergütungsgruppe VI b sowie der Ortszuschlag der Stufe 2. Die Erhöhungen der Vergütungen treten nach der oben bezeichneten Änderung der Dienstvertragsordnung am 1. Juli 1998 in Kraft.

Nach § 46 der Dienstvertragsordnung ist Berechnungsgrundlage für die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg der Mittelwert aus Anfangs- und Endgrundvergütung der Vergütungsgruppe VI b – nach sechsjähriger Tätigkeit der Vergütungsgruppe V c – zuzüglich des entsprechenden Ortszuschlages der Stufe 2.

Die geänderten Vergütungen der nebenberuflichen Kirchenmusiker ergeben sich ab 1. Juli 1998 aus der Anlage A. Die Anlage A ersetzt den Abschnitt A der Anlage 3 der Dienstvertragsordnung. Die geänderte Berechnungsgrundlage für die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg ergibt sich ab 1. Juli 1998 aus der Anlage B. Die Anlage B tritt an die Stelle der entsprechenden Bestimmung in der Anlage 4 b der Dienstvertragsordnung.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

– Geschäftsstelle –
 Behrens

Anlage A

A. Vergütungsübersicht für nebenberufliche Kirchenmusiker gültig ab 1. Juli 1998

I. Monatliche Vergütung	C-Prüfung	D-Prüfung	o. Prüfung
	DM	DM	DM
Organistendienst			
1. 70 Hauptgottesdienste jährlich bei je einem Hauptgottesdienst an Sonn- und Feiertagen	376,09	329,08	251,98
2. Zuschlag für 44 Kindergottesdienste jährlich vor oder nach einem Hauptgottesdienst	90,92	79,56	60,92
3. 52 Werktagsgottesdienste oder -andachten jährlich	171,93	150,44	115,19
4. 52 Wochenschlußgottesdienste jährlich von etwa einer Stunde Dauer	236,40	206,85	158,39
Chorleiterdienst			
5. Leitung eines mehrstimmigen Chores (jährlich 52 Proben mit je mindestens 90 Minuten)	279,38	244,46	187,19
6. Zuschlag für zwölf Gottesdiensteinsätze jährlich	64,47	56,41	43,20
Vorsängerdienst			
7. Leitung eines liturgischen Chores und des Gemeindegesanges bei jährlich 70 Gottesdiensten einschl. kurzer Ansingproben	231,44	202,51	155,07
II. Einzelvergütungen für Amtshandlungen			
Organistendienst			
1. Taufgottesdienst, Trauung oder Beerdigung	39,68	34,72	26,58
2. wie unter 1., jedoch im Anschluß an einen Hauptgottesdienst	24,80	21,70	16,61
III. Vertretungsvergütungen			
Organistendienst			
1. Hauptgottesdienst an Sonn- und Feiertagen, Gründonnerstag; Christvesper oder Silvesterandacht	64,47	56,41	43,20
2. Kindergottesdienst oder Werktagsgottesdienst	39,68	34,72	26,58
3. Bibelstunde oder Kurzandacht	24,80	21,70	16,61
4. Wochenschlußgottesdienst von etwa einer Stunde Dauer	54,55	47,74	36,55
Chorleiterdienst			
5. Probe von 90 Minuten Dauer	64,47	56,41	43,20

Anlage B

Berechnungsgrundlage für die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg gültig ab 1. Juli 1998

Die Berechnungsgrundlage beträgt bei Vergütungsgruppe VI b BAT 3597,89 DM, bei Vergütungsgruppe V c BAT 3815,30 DM.

Nr. 101

Bekanntmachung der Satzung der Evangelischen
Erwachsenenbildung Niedersachsen

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Satzung der Evangelischen Erwachsenenbildung Niedersachsen vom 12. Mai 1998 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 10/1998, S. 142) bekannt.

Oldenburg, den 2. Dezember 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Satzung der Evangelischen Erwachsenenbildung
Niedersachsen

Hannover, den 11. September 1998

Nachstehend geben wir die vom Rat der Konföderation in seiner Sitzung am 12. Mai 1998 beschlossene Satzung der Evangelischen Erwachsenenbildung Niedersachsen bekannt.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

– Geschäftsstelle –
Behrens

Satzung der Evangelischen Erwachsenenbildung
Niedersachsen

Präambel

Die Evangelische Erwachsenenbildung hat teil am Auftrag der Kirchen, das Evangelium in Wort und Tat zu bezeugen und zum Dienst in Kirche und Gesellschaft zu ermutigen und zu befähigen. Als anerkannte Einrichtung der Erwachsenenbildung hat sie teil am öffentlichen Bildungswesen. Die Evangelische Erwachsenenbildung ist in Wahrnehmung dieses Auftrags gebunden an das Bekenntnis der evangelischen Kirchen.

§ 1

Name, Sitz, Träger

(1) Die Evangelische Erwachsenenbildung Niedersachsen (EEB Niedersachsen) ist eine Einrichtung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen mit dem Auftrag, Aufgaben der Erwachsenenbildung für die evangelischen Kirchen in Niedersachsen wahrzunehmen.

(2) Der Rat der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen (Rat) vertritt die EEB Niedersachsen nach außen in allen Rechts- und Verwaltungsgeschäften sowie in gerichtlichen Verfahren.

(3) Der Rat führt die Aufsicht über die EEB Niedersachsen. Er beruft den pädagogischen Leiter oder die pädagogische Leiterin und dessen oder deren Vertreter oder Vertreterin. Der Rat kann die

Wahrnehmung der Aufsicht oder Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

(4) Die EEB Niedersachsen hat ihren Sitz in Hannover.

(5) Die EEB Niedersachsen ist Mitglied der „Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e. V.“ und des „Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung e. V.“.

§ 2

Zweck und Aufgaben

(1) Die EEB Niedersachsen dient der Erwachsenenbildung im Sinne des niedersächsischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (EBG). Sie nimmt die Aufgaben einer Landeseinrichtung im Sinne dieses Gesetzes wahr.

(2) Die EEB Niedersachsen hat die Aufgabe, Bildungsveranstaltungen für Erwachsene zu planen und durchzuführen und die in der Evangelischen Erwachsenenbildung tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu beraten und fortzubilden. Die Durchführung der Bildungsarbeit geschieht auch insbesondere in und mit den in der Konföderation zusammengeschlossenen evangelischen Kirchen, ihren Kirchengemeinden, Kirchenkreisen, Propsteien, Synodalverbänden und kirchlichen Werken und Einrichtungen.

(3) Die Bildungsveranstaltungen stehen allen interessierten Frauen und Männern offen.

(4) Die Leitung der EEB Niedersachsen wird durch einen pädagogischen Leiter oder eine pädagogische Leiterin wahrgenommen.

(5) In der EEB Niedersachsen sind pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beruflich tätig.

§ 3

Beirat

(1) Zur Förderung und Unterstützung der Arbeit der EEB Niedersachsen beruft der Rat auf Vorschlag der Landeskonferenz (§ 10) für die Dauer von vier Jahren einen Beirat. Die Mitglieder des Beirats bleiben bis zur Neuberufung im Amt. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird für den Rest der Zeit ein weiteres Mitglied auf Vorschlag des Beirats berufen.

(2) Der Beirat besteht aus bis zu 15 Mitgliedern, die durch ihre Berufstätigkeit oder ihre Mitwirkung im öffentlichen Leben mit den Fragen der Erwachsenenbildung vertraut sind. Die Mehrzahl der Mitglieder des Beirats muß von der Konföderation und den in ihr zusammengeschlossenen Kirchen wirtschaftlich unabhängig sein.

(3) Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und einen Vertreter oder eine Vertreterin.

(4) Der pädagogische Leiter oder die pädagogische Leiterin nimmt an den Sitzungen des Beirats mit beratender Stimme teil. Der Beirat kann weitere sachkundige Personen hinzuziehen.

(5) Der Beirat ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

(6) Der Beirat tritt nach Bedarf, mindestens aber zweimal im Jahr zusammen. Außerordentliche Sitzungen müssen einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder, der pädagogische Leiter oder die pädagogische Leiterin es beantragen.

(7) Der Beirat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beratung von Grundsatzfragen der Evangelischen Erwachsenenbildung, Erarbeitung von Richtlinien, Mitwirkung bei der Festlegung von Arbeitsschwerpunkten und bei der Aufstellung von Arbeitsplänen für die Tätigkeit der EEB Niedersachsen;
2. Beschlußfassung über die Vorschläge zur Anstellung der pädagogischen Leiterin oder des pädagogischen Leiters, der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers und der pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der EEB Niedersachsen;
3. Beschlußfassung über den dem Rat vorzulegenden Entwurf des Haushaltsplanes und über besondere Arbeitsvorhaben;
4. Beratung von Kriterien zur finanziellen Förderung der Bildungsarbeit;
5. Beratung des Haushaltsergebnisses;
6. Entgegennahme und Beratung des Arbeitsberichtes der pädagogischen Leitung und weiterer vom Beirat festzulegender Arbeitsberichte;
7. Delegation von Vertreterinnen und Vertretern in andere Organisationen und Gremien;
8. Einsetzung von Arbeitsausschüssen;
9. Durchführung von Arbeitstagungen.

§ 4

Geschäftsführender Ausschuß

(1) Der oder die Vorsitzende, dessen oder deren Vertreter oder Vertreterin und drei weitere Mitglieder des Beirats bilden den Geschäftsführenden Ausschuß.

(2) Der Geschäftsführende Ausschuß bereitet die Sitzungen des Beirats vor und führt die laufenden Geschäfte des Beirats im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben.

(3) An den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses nimmt der pädagogische Leiter oder die pädagogische Leiterin mit beratender Stimme teil. Der Ausschuß kann weitere sachkundige Personen hinzuziehen.

§ 5

Pädagogische Leitung

Der pädagogische Leiter oder die pädagogische Leiterin nimmt seine oder ihre Aufgaben beruflich wahr. Er oder sie trägt die pädagogische Verantwortung im Sinne des EBG und ist insbesondere für die langfristige pädagogische Planung zuständig. Er oder sie führt die Fachaufsicht über die in der EEB Niedersachsen beruflich tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und verfügt über die im Haushaltsplan der EEB ausgewiesenen Mittel.

§ 6

Landesgeschäftsstelle

Zur Koordinierung, Unterstützung und Abwicklung der satzungsgemäßen Aufgaben unterhält die EEB Niedersachsen eine Landesgeschäftsstelle mit insbesondere folgenden Aufgaben:

1. Beratung pädagogischer und theologischer Grundsatzfragen sowie konzeptionelle Weiterentwicklung des Programmangebotes der Evangelischen Erwachsenenbildung;
2. Erprobung und Erstellung von Arbeitsmaterialien;
3. Planung, Koordinierung und Durchführung des Fortbildungsangebotes für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen;
4. Durchführung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung;
5. Planung und pädagogische sowie organisatorische Begleitung von Projekten und Modellvorhaben;
6. Unterstützung und Koordinierung thematischer und zielgruppenbezogener Arbeitsschwerpunkte;
7. Vertretung der Interessen der EEB Niedersachsen gegenüber kirchlichen und öffentlichen Einrichtungen;
8. Durchführung von zentralen Arbeitstagungen.

§ 7

Arbeitsgemeinschaften/Zweckverbände

(1) Kirchenkreise, Propsteien, Synodalverbände und kirchliche Einrichtungen bilden mit Zustimmung der Konföderation und nach Maßgabe des jeweiligen landeskirchlichen Rechts Arbeitsgemeinschaften/Zweckverbände für Erwachsenenbildung. Sie sind zugleich Teil der EEB Niedersachsen und nehmen teil an der Willensbildung und Gesamtverantwortung für die Arbeit der EEB Niedersachsen.

(2) Die Arbeitsgemeinschaften/Zweckverbände werden durch Vorstände geleitet.

(3) Die Vorstände haben insbesondere folgende Aufgaben:

1. Vertretung der Arbeitsgemeinschaften/Zweckverbände in kirchlichen und kommunalen Körperschaften sowie in den Gremien der EEB Niedersachsen;
2. Aufstellung eines Verwaltungsplans über die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel;
3. Führung des Nachweises gegenüber der EEB Niedersachsen über die sachgemäße Verwendung der Haushaltsmittel;
4. Beschlußfassung über den Arbeitsplan, Projekte und sonstige Arbeitsvorhaben;
5. Berufung einer Geschäftsführerin oder eines Geschäftsführers;
6. Mitwirkung bei der Anstellung oder Berufung der für die Arbeitsgemeinschaften/Zweckverbände beruflich tätigen pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

(4) Zur Förderung und Unterstützung der örtlichen Bildungsarbeit können von den Vorständen der Arbeitsgemeinschaften/Zweckverbände pädagogische Beiräte berufen werden. In den pädagogischen Beiräten wirken die Beauftragten für Erwachsenenbildung der Kirchenkreise, Propsteien, Synodalverbände und kirchlichen Einrichtungen und weitere sachkundige Personen mit. Die Mehrzahl der

Mitglieder der Beiräte sollte von der Konföderation und den in ihr zusammengeschlossenen Kirchen wirtschaftlich unabhängig sein.

§ 8

Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften/Zweckverbände
Vorstände, pädagogische Beiräte und pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Arbeitsgemeinschaften/Zweckverbände arbeiten zum Zweck des Erfahrungsaustausches sowie der Planung von Mitarbeiterfortbildungsangeboten und gemeinsamer Arbeitsvorhaben in geeigneter Weise zusammen.

§ 9

Finanzhilfen

Die EEB Niedersachsen gewährt den Arbeitsgemeinschaften/Zweckverbänden im Rahmen einer Vereinbarung Finanzhilfen insbesondere für den Unterhalt von Geschäftsstellen, für laufende Verwaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit und zur Förderung der örtlichen Bildungsarbeit.

§ 10

Landeskonzferenz

(1) Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften/Zweckverbände und die Vorsitzenden der pädagogischen Beiräte bilden gemeinsam mit den Mitgliedern des Beirats der EEB Niedersachsen die Landeskonzferenz.

(2) Die Landeskonzferenz wird von dem oder der Vorsitzenden des Beirats der EEB Niedersachsen einberufen und geleitet.

(3) Die Landeskonzferenz hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Förderung des Erfahrungsaustausches;
2. Entgegennahme der Arbeitsberichte;
3. Erörterung grundsätzlicher Fragen der Erwachsenenbildung und der konzeptionellen Entwicklung der EEB Niedersachsen;
4. Beratung des Finanzberichtes und der finanzpolitischen und bildungspolitischen Entwicklungen;
5. Beschlußfassung über Vorschläge zur Berufung des Beirats der EEB Niedersachsen.

(4) An der Landeskonzferenz nehmen die pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit beratender Stimme teil. Der Beirat der EEB Niedersachsen kann weitere sachkundige Gäste einladen.

§ 11

Schlußbestimmung

(1) Diese Satzung tritt am 1. Januar 1999 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung der EEB Niedersachsen vom 1. Januar 1996 außer Kraft.

Nr. 102**Einberufung zur 6. Tagung der 45. Synode**

Die 45. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg wird zu einer Tagung auf

Dienstag, den 24. November 1998,

einberufen.

Die Tagung der Synode wird um 9.00 Uhr in der St.-Ulrichs-Kirche in Rastede mit einem Abendmahlsgottesdienst, der von Herrn Pfarrer Edwin Notholt gehalten wird, eröffnet.

Die Verhandlungen der Synode beginnen gegen 10.30 Uhr in der Heimvolkshochschule Rastede-Hankhausen und werden voraussichtlich am Donnerstag, dem 26. November 1998, abends beendet sein.

Am Sonntag, dem 22. November 1998, ist gemäß Artikel 82 der Kirchenordnung in allen Gottesdiensten der Synode fürbittend zu gedenken.

Anträge und Eingaben an die Synode sind bis zum 10. November 1998 über den Oberkirchenrat einzureichen.

Oldenburg, den 12. Oktober 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Krug
Bischof

Nr. 103**Bekanntmachung der Veränderung der 45. Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg und der Wahlen**

In die 45. Synode wurden als Ersatzmitglieder gewählt:

Pfarrer Anne Jaborg, Schulstr. 3, 26160 Bad Zwischenahn, für den Kirchenkreis Ammerland, Pfarrer Andreas Kahnt, Corporalskamp 2, 26340 Zetel, für den Kirchenkreis Varel und Herr Horst Lilienthal, Kladdinger Str. 6, 28816 Stuhr, für den Kirchenkreis Ganderkesee.

Die 45. Synode hat in ihrer Sitzung am 25. November 1998 folgende Wahlen durchgeführt:

Pfarrer Joachim Tönjes in das Präsidium.

Pfarrer Edwin Notholt als Mitglied,
Kreispfarrer Peter Klische als 1. Stellvertreter,
Frau Doris Schallehn und Pfarrerin Christiane Cuno als 2. Stellvertreterinnen und Pfarrer Joachim Tönjes als 2. Stellvertreter in den Synodalausschuß.

Pfarrer Reinhard Arndt als Mitglied des Kirchensteuerbeirates in den Finanzausschuß und in den Personalausschuß.

Pfarrer Peter Kunst in den Ausschuß für theologische und liturgische Fragen und den Ausschuß für Mission und Ökumene.

Pfarrer Dr. Tim Unger als geistliches Mitglied und Kreispfarrer Holger Harrack als Stellvertreter der geistlichen Mitglieder in die 7. Synode der Konföderation.

Oldenburg, den 3. Dezember 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Nr. 104**Hinweis auf Rundschreiben des Oberkirchenrates**

Wir bitten um Beachtung der Rundschreiben

Nr. 24/98 vom 9. 2. 1998 (36. Änderung der Dienstvertragsordnung),

Nr. 40/98 vom 6. 5. 1998 (Kosten für die Beschaffung von Sehhilfen),

Nr. 48/98 vom 20. 4. 1998 (37. Änderung der Dienstvertragsordnung),

Nr. 58/98 vom 7. 6. 1998 (Durchführung der Nr. 10 der Ordnung zur Sicherung der Mitarbeiter bei Rationalisierungsmaßnahmen und Einschränkungen von Einrichtungen),

Nr. 61/98 vom 16. 6. 1998 (Berichtigung der 36. Änderung der Dienstvertragsordnung),

Nr. 62/98 vom 5. 6. 1998 (Allgemeine Erhöhung der öffentlich-rechtlichen Dienst- und Versorgungsbezüge sowie der Vergütungen und Löhne in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg im Jahre 1998, Abschläge in der jährlichen Sonderzuwendung und Wegfall des jährlichen Urlaubsgeldes für die öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse),

Nr. 68/98 vom 16. 6. 1998 (38. Änderung der Dienstvertragsordnung),

Nr. 82/98 vom 8. 9. 1998 (Lohn- und Vergütungstarifverhandlungen für 1998 im öffentlichen Dienst; Tarifverhandlungen über die Erhöhung der Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen; Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker und nebenberufliche Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg) und

Nr. 114/98 vom 5. 11. 1998 (74. Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) und Änderungsvertrag Nr. 2 zum Manteltarifvertrag für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder (MtArb) sowie Tarifvertrag zur Regelung der Alterszeitzeit.

Oldenburg, den 15. Dezember 1998

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

V. Personalnachrichten

1. Theologische Prüfung

- 23.02.1998 Ralf Dannemann
Christoph Tobias Fasse
- 24.02.1998 Daniela Rieß
Helge Toben
Silke Wendland
- 10.06.1998 Markus Bomhard
Anja Kramer
Susanne Märtens
Simone Mantei
Meike Müller
Michael Ohms
Claudia Pülsch
- 11.06.1998 Wolfgang Pautz
Marcell Saß
Michael Stulken
Jann-Hendryk Weinrich
Uta Ziegeler

Für den Ausbildungsdienst als Vikarin/Vikar eingestellt

- 16.08.1998 Bernhard Busemann
Sven Evers
Anke Fasse
Anja Kramer
Meike Müller
Michael Ohms
Birgit Ohmstede
Marcell Saß
Peter Sicking
Thomas Adomeit als Gastvikar der Ev. Kirche in Hesen und Nassau

2. Theologische Prüfung

- 19.03.1998 Karsten Hilgen
Heike Jakubeit
Hartmut Lübben
Thomas Meyer
Torsten Nolting
- 14.09.1998 Doris Bade
Petra Behrens
Matthias Bernstorff
Oliver Brok
Andrea Hilgen-Frerichs
- 15.09.1998 Katja Nolting
Anke Stalling
Andreas Technow
Burkhard Weitz

Ordiniert

- 11.01.1998 Pfarrvikar Stephan Bohlen
Pfarrvikar Florian-Michael Bortfeld
Pfarrvikarin Silke Breuninger
Pfarrvikar Rainer Claus
Pfarrvikar Lars Dede
Pfarrvikar Thorsten Harland
Pfarrvikarin Susanne Jürgens
Pfarrvikarin Annemarie Klaufens
Pfarrvikar Dr. Martin Laube
Pfarrvikar Christian Lühder
Pfarrvikarin Gudrun Lupas
Pfarrvikar Gerriet Neumann
Pfarrvikar Jens Teuber
- 22.11.1998 Pastorin Petra Czeppat
Pastor Markus Löwe
Pastor Hartmut Lübben

Berufen zur Pfarrerin auf Probe/zum Pfarrer auf Probe

- 01.05.1998 Pfarrvikar Stephan Bohlen

- Pfarrvikarin Silke Breuninger
Pfarrvikar Christian Lühder
Pfarrvikar Jens Teuber
- 01.11.1998 Pfarrvikarin Petra Czeppat
Pfarrvikar Markus Löwe
Pfarrvikar Hartmut Lübben
- 01.01.1999 Uwe Gräbe

Bewerbungsfähigkeit zuerkannt

- 01.01.1998 Pastorin Wiebke Range
01.05.1998 Pastorin Susanne Schulz
01.07.1998 Pastor Michael Harald Uecker

Berufen zur Pfarrerin auf Lebenszeit/zum Pfarrer auf Lebenszeit

- 15.01.1998 Pastorin Bettina Roth
01.02.1998 Pastor Dr. Ralph Hennings
Pastor Ulrich Welz
22.02.1998 Pastorin Dorothea-Katharina Herbst
01.03.1998 Pastorin Kerstin Hochartz
Pastor Stefan Welz
15.03.1998 Pastorin Heike Puls
Pastor Thomas Cziepluch
22.03.1998 Pastor Urs-Ulrich Muther
Pastorin Petra Adomeit
29.03.1998 Pastor Axel Kullik
Pastorin Andrea Burfeind
Pastor Andreas Spelmeyer
01.04.1998 Pfarrvikar Florian-Michael Bortfeldt
Pfarrvikar Lars Dede
Pfarrvikarin Susanne Jürgens
Pfarrvikar Gerriet Neumann
01.05.1998 Pastorin Christiane Geerken-Thomas
01.06.1998 Pfarrvikar Rainer Claus
16.06.1998 Pastor Helmut Prystav
15.08.1998 Pfarrvikar Thorsten Harland
01.09.1998 Pastor Peter Löffel
Pastorin Martina Rambusch-Nowak
Pastorin Susanne Schulz
01.01.1999 Pfarrvikarin Annemarie Klaufens
15.01.1999 Pastor Michael Harald Uecker

Eingewiesen/Beauftragt/Angestellt

- 15.01.1998 Pfarrerin Bettina Roth als Inhaberin der Pfarrstelle Esenshamm
01.02.1998 Pfarrer Dr. Ralph Hennings als Inhaber der Pfarrstelle Friesoythe III
Pfarrer Ulrich Welz als Inhaber der landeskirchlichen Pfarrstelle für christliche Unterweisung an den Schulen des Kirchenkreises Ammerland
Pfarrer Harald Heyne als Inhaber der landeskirchlichen Pfarrstelle für besondere Dienste IV
15.02.1998 Pfarrer Michael Hillmann mit der Verwaltung der Pfarrstelle für besondere Dienste VIII (50%)
22.02.1998 Pfarrerin Dorothea-Katharina Herbst als Inhaberin der Pfarrstellen Bardenfleth, Altenhuntrorf und Neuenbrok
01.03.1998 Pfarrer Bernd Göde mit der Verwaltung der Pfarrstelle Zwischenahn III im eingeschränkten Dienstverhältnis (50%)
Pfarrerin Kerstin Hochartz mit der Verwaltung der Pfarrstelle Oldenbrok im eingeschränkten Dienstverhältnis (50%)
Pastor Peter Löffel mit der pastoralen Mitversorgung in der Kirchengemeinde Varel
Pfarrer Hermann Schorling als Inhaber der Pfarrstelle Apen II
Pfarrer Stefan Welz mit der Verwaltung der gemeinschaftlichen Pfarrstelle Pakens und St. Joost-Wüppels im eingeschränkten Dienstverhältnis (50%)

- 15.03.1998 Pfarrer Thomas Cziepluch als Inhaber der Pfarrstelle Altenesch I
Pfarrerin Heike Puls als Inhaberin der Pfarrstelle Ofen III
- 22.03.1998 Pfarrer Urs-Ullrich Muther als Inhaber der Pfarrstelle Westerstede III
Pfarrerin Petra Adomeit als Inhaberin der Pfarrstelle Oldenburg VI
- 29.03.1998 Pastorin Andrea Burfeind mit der Verwaltung der Pfarrstelle Schortens IV im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
Pfarrerin Susanne Duwe mit der Verwaltung der Pfarrstelle Osternburg IX im eingeschränkten Dienstverhältnis
Pastor Axel Kullik mit der Verwaltung der Pfarrstelle Schortens IV im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
- 01.04.1998 Pfarrer Florian-Michael Bortfeldt als Inhaber der Pfarrstelle Idafehn
Pfarrer Rüdiger Gehrman mit der Verwaltung der Pfarrstelle Cleverns-Sandel im eingeschränkten Dienstverhältnis (75 %)
Pfarrerin Susanne Jürgens mit der Verwaltung der Pfarrstelle Nikolai Eversten I im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
Pfarrer Gerriet Neumann mit der Verwaltung der Pfarrstelle für Gehörlosenseelsorge (50 %) und der Pfarrstelle für Krankenhauseelsorge an den Städtischen Kliniken in Oldenburg (50 %)
Pastorin Martina Rambusch-Nowak mit der pastoralen Mitversorgung auf der landeskirchlichen Pfarrstelle für Studentenseelsorge (50 %)
- 01.05.1998 Pastor Stephan Bohlen mit der Verwaltung der Pfarrstelle Golzwarden im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %) und mit der pastoralen Mitversorgung beim Diakonischen Werk (25 %)
Pastorin Silke Breuninger mit der pastoralen Mitversorgung in der Kirchengemeinde Edeweicht (75 %)
Pfarrerin Christiane Geerken-Thomas mit der Verwaltung der Pfarrstelle Ohmstede III im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
Pastor Christian Lühder mit der Verwaltung der Pfarrstelle Osternburg IX im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
Pastor Jens Teuber mit der pastoralen Mitversorgung in der Kirchengemeinde Rastede (75 %)
Pastor Michael Harald Uecker mit der Verwaltung der Pfarrstelle Reekenfeld im eingeschränkten Dienstverhältnis (75 %)
Pfarrer Ralf Scholz-Wieners mit der Verwaltung der Pfarrstelle Ohmstede III im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
- 01.06.1998 Pfarrer Hartmut Blankemeyer zusätzlich mit der pastoralen Mitversorgung der Kirchengemeinde Wadens
Pfarrvikar Karsten Hilgen mit der Versorgung der Pfarrdiakonenstelle in Bakum im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
Pastor Wolfgang Kürschner mit der pastoralen Mitversorgung in der Kirchengemeinde Wardenburg
- 16.06.1998 Pfarrer Helmut Prystav mit der Verwaltung der Pfarrstelle Großenmeer im eingeschränkten Dienstverhältnis (75 %)
- 15.08.1998 Pfarrer Thorsten Harland mit der Verwaltung der Pfarrstelle Sande I im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
- 01.09.1998 Pfarrer Peter Löffel als Inhaber der Pfarrstelle Varel II
Pfarrerin Martina Rambusch-Nowak mit der Verwaltung der Pfarrstelle Sandkrug II im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
Pfarrerin Susanne Schulz als Inhaberin der Pfarrstelle VI der Kirchengemeinde Ganderkesee
Pfarrer Wilfried Waschek als Inhaber der Pfarrstelle Oldenburg V
- 01.10.1998 Pastorin Silke Breuninger mit der pastoralen Mitversorgung in der Kirchengemeinde St. Ansgar Eversten im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
- 01.11.1998 Pastorin Petra Czeppat mit der pastoralen Mitversorgung in der Kirchengemeinde Ofenerdiek im eingeschränkten Dienstverhältnis (75 %)
Pastor Markus Löwe mit der pastoralen Mitversorgung in der Kirchengemeinde Damme im eingeschränkten Dienstverhältnis (75 %)
Pastor Hartmut Lübben mit der pastoralen Mitversorgung in der Kirchengemeinde Elisabethefehn im eingeschränkten Dienstverhältnis (75 %)
- 01.11.1998 Pastor Jens Teuber mit der Verwaltung der Pfarrstelle Rastede II im eingeschränkten Dienstverhältnis (75 %)
- 15.12.1998 Pfarrer Michael Munzel mit der Verwaltung der Pfarrstelle Zu den Zwölf Aposteln Delmenhorst II im eingeschränkten Dienstverhältnis (75 %)
- 01.01.1999 Pfarrerin Annemarie Klaabens mit der Verwaltung der Pfarrstelle Lohne II im eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %)
- 15.01.1999 Pfarrer Michael Harald Uecker mit der Verwaltung der Pfarrstelle Reekenfeld im eingeschränkten Dienstverhältnis (75 %)

In den Ruhestand getreten

- 01.10.1997 Pfarrer Günther von Boetticher, Ohmstede
- 01.02.1998 Pfarrer Hartwig Hinrichs, Oldenburg
- 01.03.1998 Pfarrer Sieghart Kappus, Wilhelmshaven
- 01.05.1998 Pfarrer Hans-Joachim Jürgens, Rastede
Bischof Dr. Wilhelm Sievers, Oldenburg
- 01.08.1998 Pfarrer Gerold Struß, Osternburg
- 01.10.1998 Pfarrer Dirk Janssen, Rastede

Gestorben

- 23.05.1998 Pfarrer i. R. Jürgen Heinrich Meyer, Wiesmoor
- 08.10.1998 Pfarrer i. R. Johann Hauenschild
- 27.11.1998 Pfarrer i. R. Friedel Krause